

Meldungen

zusammengestellt von Michael Mertsch

ai legt Report vor

Amnesty international hat einen umfassenden Bericht zur Menschenrechtssituation in Sri Lanka veröffentlicht, der den Zeitraum seit dem Regierungswechsel im August 1994 bis heute umfaßt. Viele Fakten wurden von einem Team der Menschenrechtsorganisation während eines Besuchs im März zusammengetragen.

Dem Bericht zufolge haben die Sicherheitskräfte Tausende von Tamilen willkürlich verhaftet, sie sind verantwortlich für Folterungen, "Verschwindenlassen" und ungesetzliche Hinrichtungen, besonders seit April 1995. Die Vorwürfe treffen nicht nur die Regierung, sondern auch die mit der Regierung verbündeten tamilischen Anti-LTTE-Parteien, die offensichtlich in einigen Regionen völlig unkontrolliert operieren können.

Die Forderungen zahlreicher internationaler und lokaler Organisationen nach einer Veränderung bzw. Aufhebung des Anti-Terrorismus-Gesetzes und der Notstandsregelungen wurden von der Regierung nicht umgesetzt. Aufgrund der beiden Gesetze kommt es immer wieder zu Folter, Tod während Haft, "Verschwindenlassen" und ungesetzliche Hinrichtungen, heißt es in dem Bericht. Ursprünglich von der neuen Regierung eingesetzte Komitees zur Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen werden entweder in ihrer Arbeit behindert bzw. aufgelöst, obwohl noch 20.000 Fälle von "Verschwindenlassen" ungeklärt sind.

Die Delegation von Amnesty International fand auch umfangreiche Beweise für massive Menschenrechtsverletzungen durch Angehörige der LTTE. Hierzu gehören bewußte und willkürliche Ermordungen von sinhalesischen Zivilisten, Gruppenhinrichtungen von Tamilen, die des "Verrats" bezichtigt werden und Folterungen von Gefangenen. Kinder werden von den 'Tamil Tigers' teilweise zwangsrekrutiert. Zahlreiche Fälle von Entführungen zur Erpressung von Geldern durch die LTTE wurden be-

kannt.

Die Veröffentlichung des Berichts hat zahlreiche Reaktionen ausgelöst. Ein Sprecher der LTTE versuchte die Anschuldigungen mit dem Hinweis auf die allgemeine Diskriminierung von Tamilen zu rechtfertigen. Die Ermordung von sinhalesischen Zivilisten im Norden und Osten sei aufgrund der Siedlungspolitik der Regierung Teil des bewaffneten Kampfes.

Menschenrechte in Jaffna

Zahlreiche Menschenrechtsverletzungen durch Armeeinghörige wurden in jüngster Zeit in Jaffna bekannt. In einer Anfrage an Präsidentin Chandrika Kumaratunge bat J. Pararajasingham, Fraktionsführer der im Parlament vertretenen 'Tamil United Liberation Front' (TULF), um dringende Aufklärung bezüglich zahlreicher Vorfälle und forderte die Einsetzung einer Untersuchungskommission. Besonderes Aufsehen hatte die Verhaftung einer achtzehnjährigen Schülerin und deren Familie in Jaffna erregt. Die Sicherheitskräfte streiten ab, die Betroffenen verhaftet zu haben, obwohl es Augenzeugen gibt.

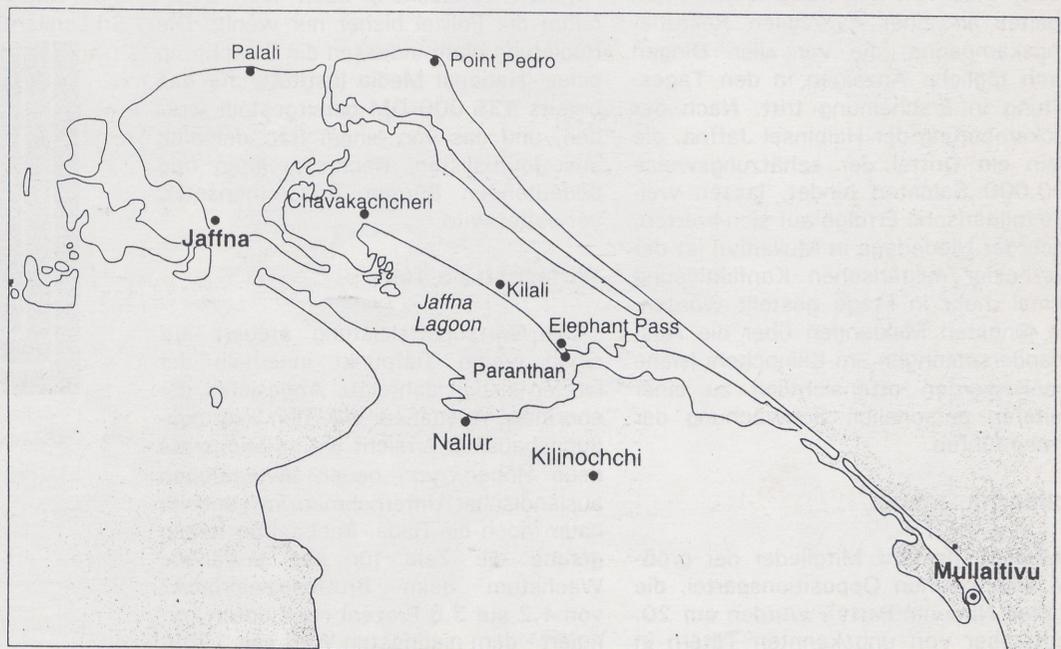
Kämpfe im Kilinochchi-Distrikt

Mehr als 20.000 Soldaten sind nach offiziellen Angaben an einer Offensive

auf die Stadt Kilinochchi und andere Gebiete des Distrikts im Norden des Landes beteiligt. Ziel ist die Einnahme der Stadt, die nach dem Verlust von Jaffna als neuer Hauptstützpunkt der LTTE gilt. Bereits im August hatte die srilankische Armee mehrfach vergeblich versucht, von Jaffna aus vorzurücken. Die Kämpfe wurden dann jedoch vorübergehend eingestellt. Erst seit dem 22. September werden wieder neue Auseinandersetzungen in diesem Gebiet gemeldet. Die Nachrichtenlage ist jedoch wegen der existierenden Pressezensur unübersichtlich.

Sowohl Regierung als auch LTTE sprechen in ihren Mitteilungen von jeweils mehreren Hundert Toten auf gegnerischer Seite. Die ohnehin aufgrund von Bombardierungen Ende 1993 schwer vom Krieg in Mitleidenschaft gezogene Stadt dürfte aufgrund der jüngsten Kampfhandlungen weiter zerstört worden sein.

Für die LTTE steht mit dem Kampf um Kilinochchi auch eine Prestigefrage auf dem Spiel. Fällt die Stadt, dann muß sie sich erneut weiter zurückziehen und einen neuen Hauptstützpunkt finden. Am Kräfteverhältnis zwischen ihr und der Armee wird der Ausgang der Schlacht um Kilinochchi jedoch nichts wesentliches ändern. Militärsprecher Sarath Munasinghe meinte zum Ziel der Offensive lediglich: "Unser Ziel ist es,



soviel Terroristen wie möglich zu töten. Wir sind sehr zufrieden mit den Fortschritten auf dem Weg dorthin."

Nachspiel zu Mullaitivu

Die tragischen Ereignisse um das Militärcamp in Mullaitivu im Nordwesten der Insel scheinen auf politischer Ebene schon fast vergessen zu sein. Im August bezifferte der stellvertretende Verteidigungsminister Ratwatte die Zahl der zum Beginn des Angriffs durch die LTTE anwesende Zahl von Soldaten auf 1.407, von denen neben Armee und Polizei auch 81 Zivilisten gehört haben sollen. Er bestätigte, daß das Lager gegenwärtig 'nicht funktionsfähig' sei, und nach militärischen Aufzeichnungen lediglich 83 Personen infolge des Angriffs zu Tode gekommen seien. Alle anderen werden als 'missing in action' bezeichnet. Die 415 Toten, die in Kilinochchi an Regierungsvertreter überreicht worden seien, wären zum größten Teil nicht identifizierbar, und gingen daher nicht in die militärische Statistik ein.

Diese offizielle Haltung des Militärs bringt viele Familienangehörige in einer extrem schwierigen Situation, da auch das internationale Rote Kreuz keine Informationen darüber hat, ob die LTTE Personen gefangen genommen hat. Ein diesbezüglicher Brief wurde von ihrer Seite bisher nicht beantwortet.

Rekrutierungen fortgesetzt

Aufgrund der schweren Verluste in den Reihen der Armee sind die Rekrutierungsanstrengungen noch einmal verstärkt worden. Zehntausende von neuen Soldaten will das Militär in möglichst kurzer Zeit für die Armee gewinnen. Ein großer Stab von Regierungsangestellten arbeitet an einer nationalen Rekrutierungskampagne, die vor allen Dingen durch tägliche Anzeigen in den Tageszeitung in Erscheinung tritt. Nach der Rückeroberung der Halbinsel Jaffna, die allein ein Drittel der schätzungsweise 100.000 Soldaten bindet, lassen weitere militärische Erfolge auf sich warten. Nach der Niederlage in Mullaitivu ist der Sinn einer militärischen Konfliktlösung einmal mehr in Frage gestellt worden. Die jüngsten Meldungen über die Auseinandersetzungen um Kilinochchi (siehe oben) werden offensichtlich zu einer weiteren personellen Schwächung der Armee führen.

Politische Gewalt

Mindestens fünf Mitglieder der größten srilankischen Oppositionspartei, die 'United National Party', wurden am 20. September von unbekanntem Tätern in Colombo auf offener Straße erschossen,

nachdem sie an einer Gerichtsanhörung teilgenommen hatten. Die Tat ereignete sich nur fünf Tage nachdem Präsidentin Kumaratunga versucht hatte, derartige Vorfälle aus der Vergangenheit zu rechtfertigen, da sie in ihren Augen nur eine Verteidigungshandlungen gegenüber Angriffen durch UNP-Angehörige waren. "Wenn Angreifer Schußwaffen haben, dann ist es richtig, wenn zurückgeschossen wird oder sie in Stücke zerhackt werden." Die jüngsten Ereignisse markieren ein neues Stadium politischer Gewalt zwischen Regierung und Opposition.

Druck auf Medien hält an

Im August sorgte Präsidentin Kumaratunga mit einer öffentlichen Äußerung für Aufsehen. Sie kündigte an, daß "möglicherweise bestimmte Zeitungen ihr Erscheinen einstellen müßten", da diese mit ihrer falschen und schädlichen Berichterstattung die Kriegserfolge der Regierung gefährdeten. Ausdrücklich genannt wurden 'The Island' und 'Divayina'. Diese Stellungnahme fand im Land vielfältiges Echo und rief auch den Protest des 'Free Media Movement' hervor. Mehrere Journalisten der Zeitung 'Satana' wurden verhaftet und nur gegen hohe Kautionen wieder auf freien Fuß gesetzt. Der Herausgeber von 'The Nation Today' wurde bei einem Überfall durch eine Schlägergruppe schwer verletzt, als er von einem Treffen der UNP zurückkehrte. Er mußte sich anschließend mehreren Operationen unterziehen. Obwohl der Journalist die Angreifer teilweise identifizieren konnte, sind bisher strafrechtliche Schritte unterblieben. Auch der Herausgeber von 'Siyarata' mußte im August Schläge von Unbekannten einstecken, auch hier unternahm die Polizei bisher nur wenig. Die Regierung plant indessen die Einrichtung eines 'National Media Institute' für das bereits 135.000 DM bereitgestellt wurden, und das von einem Rat, der sich aus Journalisten, Rechtsanwälten und bedeutenden Bürgern zusammensetzt, verwaltet wird.

Wirtschaft im Tief

Die Wirtschaftsleistung steuert auf einen neuen Tiefpunkt innerhalb der letzten sieben Jahre zu. Angesichts der enormen Ausgaben für den Verteidigungshaushalt erreicht die Inflationsrate neue Höhen, von neuen Investitionen ausländischer Unternehmen im Land ist kaum noch die Rede. Beobachter haben gerade die Zahl für das erwartete Wachstum beim Bruttosozialprodukt von 4,2 auf 3,6 Prozent nach unten korrigiert - dem niedrigsten Wert seit 1989. Für das Jahresende erwartet man eine

Inflation von 16 Prozent. Trotzdem plädieren Geschäftsleute für eine Entwertung der Rupie, um die Wettbewerbsfähigkeit des Landes beim Export zu sichern, eine katastrophale Entwicklung für die meisten Menschen im Land. Allein die Benzinpreise stiegen Ende September um 30 Prozent. Der Preis für einen Liter Benzin liegt jetzt bei etwa 1,50 DM, Diesel wurde um 22 Prozent teurer.

Tourismus auf Talfahrt

Die Talfahrt im Tourismussektor hält unvermindert an. Allein die Zahl der Urlaubsgäste aus Deutschland, dem für die Insel bisher wichtigsten Ursprungsland für Touristen, kamen in den ersten sechs Monaten diesen Jahres 46 Prozent weniger Besucher als im Vergleichszeitraum 1995. Insgesamt nahm die Zahl touristischer Besucher in diesem Zeitraum nach offiziellen Angaben um 37,5 Prozent ab. Der blutige Konflikt im Nordosten mit neuen Offensiven, aber auch die Bombenanschläge in Colombo lassen erwarten, daß dieser Negativtrend weiter anhält. Für viele Reisebüros und -veranstalter ist Sri Lanka zum Problemziel geworden. Tourismusminister D. Senanayake hatte erst kürzlich in der Türkei um Rat gesucht, wie man auch in Krisenzeiten Urlauber ins Land lockt. "Starke Militärpräsenz an vielen Orten und Nachrichten vom Krieg sind internationale Realität", meinte der Minister. Auch in London oder Atlanta gebe es keine absolute Sicherheit, und schließlich seien seit 1983 Touristen in Sri Lanka noch nie Ziel einer Attacke gewesen. Fast fünf Millionen Dollar soll nun in eine Imagekampagne gesteckt werden, die unter anderem das Ziel hat, die "verzerrten Presseberichte" über Sri Lanka geradezurücken.



Christian Wagner

Die Muslime Sri Lankas

Eine Volksgruppe im Spannungsfeld des ethnischen Konflikts zwischen Singhalesen und Tamilen